



Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

16. Februar 2006

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Gudrun Peters, SPD

„Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um die Schließung von Call-Centern in Niederbayern durch die Telekom zu verhindern, damit sich die dort schon schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht weiter verschärft?“

Beantwortung durch Staatssekretär Hans Spitzner

Auch wenn der Bund nach wie vor Anteilseigner der Deutschen Telekom AG (DT AG) ist, handelt es sich bei der DT AG um ein rein privatwirtschaftlich tätiges Unternehmen. Die Staatsregierung hat keine Möglichkeiten, auf Entscheidungen des Unternehmens unmittelbar Einfluss zu nehmen.

Die Staatsregierung hat unmittelbar nach Bekanntwerden der geplanten Schließung von Call-Centern Kontakt zur Unternehmensführung der DT AG aufgenommen. Herr Staatsminister Huber hat mit dem Vorstand Breitband/Festnetz der DT AG, Herrn Walter Raizner, über die Angelegenheit gesprochen. Es wurde zugesagt, dass es keine Kündigungen geben werde und möglichst wohnortnahe Ersatzarbeitsplätze geschaffen würden. Staatsminister Huber hat die DT AG auf die strukturpolitischen Folgen bei den vorgesehenen Schließungen hingewiesen. Es wurde vereinbart, in dieser Sache in Kontakt zu bleiben.

Es gilt das gesprochene Wort